



**Neue Richtervereinigung**

Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e.V.

[www.neuerichter.de](http://www.neuerichter.de)

## **Redebeitrag der Neuen Richtervereinigung e. V.**

### **anlässlich der Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt am 3.8.2016**

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Kundgebung!

Nach dem versuchten Putsch in der Türkei wurden knapp 3000 Richter und Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen von ihren Ämtern suspendiert. Das sind nach unseren Informationen etwa 20 % der Richter und Staatsanwälte, die es in der Türkei gibt. Etwa 800 wurden verhaftet; weitere werden mit Haftbefehl gesucht. Sie teilen dieses Schicksal mit vielen anderen Staatsbediensteten und Angehörigen weiterer Berufsgruppen.

Mit dem Putschversuch haben die Suspendierungen und Verhaftungen nichts zu tun. Die Namensliste, die die Grundlage für dieses Vorgehen war, existierte schon lange davor, wie wir von unseren türkischen Kollegen erfahren haben und wie es auch in den deutschen Medien berichtet wurde.

Die Neue Richtervereinigung ist Mitglied der Europäischen Richterorganisation MEDEL, Magistrats pour la Democratie et les Libertés. Mitglied von MEDEL ist auch die türkische Richterorganisation YARSAV. Unter den Suspendierten und Verhafteten befinden sich Kollegen und Kolleginnen, die Mitglied von YARSAV sind. Wir wissen nicht, wie viele es sind. Was wir wissen, ist, dass die Funktionsträger von YARSAV suspendiert sind und sich ein Teil von ihnen in Haft befindet. YARSAV wurde wegen angeblicher Unterstützung der Gülen-Bewegung verboten.

Nach der Verhaftung wurde den Verhafteten die Kontaktaufnahme mit einem Rechtsanwalt oder einer Rechtsanwältin und Besuch von Familienangehörigen verwehrt. Zurzeit scheint es dem Ermessen der Staatsanwaltschaft überlassen zu sein, ob eine anwaltliche Beratung möglich ist.

Denjenigen, die sich nicht in Haft befinden, wurden Reisen ins Ausland verboten. Sie wurden zur Verschwiegenheit verpflichtet, d.h. sie dürfen sich nicht dazu äußern, ob überhaupt konkrete Beschuldigungen gegen sie erhoben wurden und falls es solche gibt, dürfen sie sich auch dazu nicht außerhalb des gegen sie geführten Verfahrens äußern.

Wir haben erschütternde E-Mails erhalten, die Kollegen kurz vor ihrer Verhaftung an MEDEL geschickt haben. Sie haben in englischer Sprache geschrieben. Ich zitiere zwei Mails in deutscher Übersetzung:

„Ich habe zwei Kinder (ein fünf Jahre altes Mädchen und einen neun Jahre alten Jungen) bei meinen Schwiegereltern gelassen. Das Warten darauf, dass die Polizei an die Tür klopft, ist so deprimierend. Meine Frau weint...“

„Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ich verhaftet werde. Vielleicht sehen wir uns wieder, vielleicht nicht...

Kein Kampf mehr für die freie Gesellschaft und unabhängige Justiz.

Ihr solltet unsere letzten Worte der freien Welt mitteilen...“

Es sind Richter und Staatsanwälte, die nicht nur unsere Kolleginnen und Kollegen, sondern Tausende verhaften ließen und weiterhin lassen. Es ist der Oberste Justizrat, der für die Suspendierungen im Bereich der Justiz verantwortlich ist. Hier agiert schon lange keine freie und unabhängige Justiz mehr. Hier wird etwas vollzogen, was schon seit langem vorbereitet ist.

2014 wurde das Gesetz über den Obersten Justizrat geändert. Der Justizminister erhielt stärkeren Einfluss auf die Besetzung von Schlüsselpositionen. Die Regierung gründete eine Richtervereinigung, die bereits nach acht Monaten 5000 Mitglieder hatte. YARSAV, bis dahin die größte Richtervereinigung, verlor zahlreiche Mitglieder. Bei den Wahlen zum Obersten Justizrat zahlte sich dies für die Regierung aus.

Jetzt wird es in den deutschen Medien kaum noch erwähnt. Aber zur gleichen Zeit verloren eine Vielzahl von Staatsanwälten und Polizisten, die in einem großen Korruptionsskandal gegen Mitglieder der Regierung und Familienangehörige von Erdogan ermittelt hatten, ihr Amt. Einige flohen ins Ausland, andere wurden verhaftet. Zwei Richter, die anordneten, dass 63 Polizeibeamte nach längerer Untersuchungshaft freizulassen waren, wurden ebenfalls verhaftet.

Dies alles schüchtert ein.

Und nun dient der versuchte Putsch als Vorwand, diejenigen Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die der Gleichschaltung widerstanden haben, aus dem Amt zu entfernen, sie zu bestrafen und sie sogar ihres Vermögens zu berauben.

Sog. Friedensrichter, die 2014 ernannt wurden, haben auf Antrag der Staatsanwaltschaft angeordnet, dass Häuser, Bankkonten, Fahrzeuge derjenigen, gegen die ermittelt wird, bis zum Abschluss der Untersuchung konfisziert werden.

Solange sie suspendiert sind, bekommen sie noch die Hälfte ihres Gehalts. Wenn sie entlassen werden, stehen sie ganz ohne Einkünfte da.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Teilnehmer und Teilnehmerinnen an dieser Kundgebung!

Wir sind, wie Sie wahrscheinlich auch, zutiefst betroffen über die Vorgänge in der Türkei, und dabei nicht nur über die Verfolgung unserer Kolleginnen und Kollegen.

Wir werden dort Hilfe leisten, wo wir das können, und versuchen, den Kontakt zu unseren verfolgten Kollegen und Kolleginnen aufrecht zu erhalten.

Die Forderungen und Wünsche an die Bundesregierung, die Ursula Groos soeben hier vorgetragen hat, werden von der Neuen Richtervereinigung in vollem Umfang mitgetragen.

Vielen Dank!